

Stadt bringt Flüchtlinge in einer Turnhalle unter

VON ULRICH SCHÜTZ

LEVERKUSEN Die Stadt Leverkusen wird die Turnhalle der ehemaligen Hauptschule Görresstraße in Küppersteg mit Flüchtlingen belegen. „Wir beginnen mit der Vorbereitung des Gebäudes“, sagte gestern im Stadtrat der Sozialdezernent Markus Märtens. Die Halle war bisher von 16 Vereinen und Gruppen für Sportzwecke genutzt worden.

In diesem Jahr wurden der Stadt vom Land schon 107 Flüchtlinge zur dauerhaften Aufnahme zugewiesen. Dazu nimmt sie 17 afghanische Hilfskräfte auf. Ohne die Nutzung der Turnhalle lasse sich die Unterbringung der Flüchtlinge nicht verwirklichen, sagte Märtens weiter.

Bis auf weiteres verschoben ist im Leverkusener Rat die Entscheidung über eine „Zentrale Unterbringungseinrichtung“ des Landes auf Leverkusener Stadtgebiet, in der mehrere hundert Flüchtlinge untergebracht werden sollen (In der Regel liegt die Mindestaufnahme bei 500 Personen. Es könnte aber auch über eine Kapazität von nur 300 Flüchtlingen beraten werden, hatte ein Sprecher von NRW-Innenminister Ralf Jäger am Freitag gegenüber unserer Redaktion gesagt).

Jäger (SPD) hatte in Telefonaten bei Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn (CDU) angefragt, ob Leverkusen über geeignete Flächen verfüge. Inzwischen haben sich

Stadt und Land geeinigt, gemeinsam Standorte in der Stadt zu prüfen und die Grundsatzbedingungen zu klären. Danach werde es gegebenenfalls eine Beratungsvorlage zum Thema „Flüchtlings-Unterbringung“ geben, sicherte Buchhorn zu.

Die Stadt will auf jeden Fall an dem „L Leverkusener Modell“ festhalten. Bedeutet: Die Flüchtlinge werden möglichst in privaten Woh-

**„Ich habe mich darüber
sehr geärgert,
die Diskussion
war unerträglich“**

Stefan Baake, Grünen-Ratsherr

nungen untergebracht. Dieses Verfahren sei inzwischen bundesweit bekannt und als vorbildlich anerkannt, sagte CDU-Ratsherr Bernhard Marewski.

Ungewöhnlich scharf verurteilte Grünen-Ratsherr Stefan Baake die bisherige Diskussion: „Ich habe mich darüber sehr geärgert, sie war unerträglich.“ Bei der Suche nach einer Fläche schließen die Grünen bislang kein Areal in Leverkusen als Standort für eine Landeseinrichtung aus. Baake fordert aber auch, dass die Stadt Leverkusen an der regionalen Bewertung aller Fläche beteiligt werde, etwa auch in Bonn oder Köln, um dem Problem insgesamt gerecht zu werden.